

# Wahlen in den neuen Bundesländern seit 1990

*Eckhard Jesse*

## Zusammenfassung

Die Serie der sieben Landtagswahlen in den neuen Bundesländern belegt eine nahezu kontinuierliche Schwächung der großen Parteien, stärker als in den alten Bundesländern, erkennbar besonders bei den jüngsten drei Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse verursachen Probleme bei der Regierungsbildung.

## 1. Einleitung

30 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR ging die siebte Serie der Landtagswahlen mit der in Thüringen am 27. Oktober 2019 zu Ende. Die drei Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sind in mancher Hinsicht ein Einschnitt. Wie der Überblick zu den ostdeutschen Landtagswahlen seit 1990 erhellt, fällt folgender Umstand auf: Ost ist nicht gleich Ost. Danach folgt – vor allem am Beispiel der acht Bundestagswahlen – ein Vergleich mit dem Wahlverhalten im Westen. Wo gibt es Parallelen, wo Unterschiede? Und wie sind diese zu erklären? Schließlich sei ein Blick auf die Konsequenzen des Wahlverhaltens für das Parteiensystem geworfen: Wie verläuft die Regierungsbildung, die offenkundig immer schwieriger wird?

Das Wahlverhalten im Osten ist ein Baustein in einem Fragenkomplex: Verschiebt die Integration der neuen Länder die politischen Koordinaten der Bundesrepublik Deutschland? Oder wurde diese durch die Wiedervereinigung „bloß“ erweitert



**Professor i.R. Dr. Eckhard Jesse**

Bis 2014 Professor im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz.

(Tuchscheerer 2010)? Um diese Fragen beantworten zu können, bedürfte es vieler Analysen zu den verschiedensten Bereichen, etwa: Wie ist es um die politische Kultur bestellt? Hat sich die Außenpolitik gewandelt, ungeachtet der Akzeptanz der Westbindung? Dominiert weiterhin das institutionelle Gefüge wie vor der Einheit? Und nicht zuletzt: Sind manche Diskontinuitäten tatsächlich eine Reaktion auf die deutsche Einheit – oder eher auf davon unabhängige Prozesse, etwa Digitalisierung und Globalisierung?

## 2. Drei Landtagswahlen 2019

Die drei Landtagswahlen 2019 in den neuen Bundesländern<sup>1</sup> wurden mit großer Spannung erwartet, nachdem bereits 2016 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die Alternative für Deutschland (AfD) mit 24,3 bzw. 20,8 Prozent auf den zweiten Platz gekommen war. Noch mehr als der Ausgang der Wahl in Brandenburg (Niedermayer 2020a) und Sachsen (Jesse 2020), jeweils am 1. September 2019, stellt der in Thüringen eine Zäsur für das Parteiensystem und das Wahlverhalten dar (Oppelland 2020) – gleich in zweierlei Hinsicht.

(1) Zum ersten Mal erreichte Die Linke den ersten Platz in einem Bundesland. Zwar wurde Rot-Rot-Grün abgewählt, aber die Partei Bodo Ramelow erzielte im thüringischen Freistaat mit 31,0 Prozent nicht nur das beste Ergebnis ihrer Geschichte, sondern auch mehr Stimmen als CDU und SPD zusammen (29,9 Prozent). Damit ist eine Art Gesetzmäßigkeit durchbrochen worden: Immer dann, wenn die PDS bzw. Die Linke eine Koalition als Juniorpartner mit der SPD eingegangen war, rutschte sie bei der nächsten Wahl massiv ab: 2002 in Mecklenburg-Vorpommern, 2006 in Berlin, 2014 in Brandenburg. Diesmal konnte Die Linke mit Ministerpräsident Ramelow, der bei der thüringischen Bevölkerung als über den politischen Parteien stehender „Landesvater“ überwiegend gut ankam, dagegen noch zulegen. Dann und wann wahrte er im Wahlkampf sogar Abstand zur eigenen Partei. Auf seinen Wahlplakaten prangte selten der Schriftzug „Die Linke“.

(2) Und zum ersten Mal erreichten die Randparteien – bezogen auf die politische Richtung, nicht auf das Wahlergebnis – Die Linke und die AfD im Land der geographischen Mitte Deutschlands eine absolute Mehrheit (54,4 Prozent). Sie weisen damit deutlich mehr Stimmen auf als CDU, SPD, Grüne und FDP (40,1 Prozent). Die Linke unter dem Pragmatiker Bodo Ramelow ist wohl nirgends so gemäßigt wie in Thüringen, die AfD unter dem Ideologen Björn Höcke nirgends so radikal wie in diesem Freistaat. Obwohl selbst Kritiker aus den eigenen Reihen ihm Personenkult vorwarfen, kam die AfD auf 23,4 Prozent, fast soviel wie in Brandenburg (23,5 Prozent) und Sachsen (27,5 Prozent).

Gleichwohl sind wir von „Weimarer Verhältnissen“ weit entfernt. Damals hatten die NSDAP und die KPD bei den zwei Reichstagswahlen 1932 eine absolute Mehrheit erzielt. AfD und Die Linke kamen jetzt zwar in einem Bundesland auf eine absolute Mehrheit, aber bundesweit kann davon nicht annähernd die Rede sein (Bundestags-

wahl 2017: AfD 12,6 Prozent; Die Linke 9,2 Prozent). Und: Wer die AfD und Die Linke mit jenen totalitären Kräften auf eine Stufe stellt, verkennt die Proportionen, geht mithin fehl. Außerdem ist die politische Kultur im Gegensatz zur ersten deutschen Demokratie insgesamt gefestigt, zumal weniger zwischen Ost und West gespalten als vielfach angenommen (Mannewitz 2015).

Nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen vermochten SPD und CDU trotz schwerer Verluste das Amt des Ministerpräsidenten zu behaupten. Wieder einmal bewahrheitete sich der Befund: Landtagswahlen sind keine Europawahlen. Noch bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 lag die AfD relativ klar vor der CDU in Sachsen (25,3:23,0 Prozent) und vor der SPD in Brandenburg (19,9:17,2 Prozent). Diesmal war es umgekehrt. CDU und SPD erhielten in „ihren“ Ländern fast 10 Punkte mehr. In Thüringen gelang es der Partei Die Linke gar, ihren Anteil gegenüber den Europawahlen fast um 20 Punkte zu verbessern. Die Befürchtung, die AfD könnte zur stärksten Kraft avancieren, bestimmte das Wahlverhalten mit. Im Vorfeld der Wahlen war angesichts einer AfD, die das Potenzial zur Nr. 1 hatte, die Angst so groß, dass auf die Partei des Ministerpräsidenten im jeweiligen Land auch Stimmen von „eigentlichen“ Wählern anderer Parteien fielen, wie die Wahlforschung erhellt.

Noch nie brachen die beiden Volksparteien in den drei Ländern so ein wie diesmal. Das sächsische Ergebnis der SPD ist mit 7,7 Prozent sogar ihr schlechtestes in einem Bundesland seit dem Zweiten Weltkrieg und das der CDU in Brandenburg mit 15,6 Prozent das schlechteste seit der ersten Landtagswahl im Osten 1990. Lediglich in den 1950ern (1951; 9,0 Prozent; 1959: 14,8 Prozent) erhielt die Partei zweimal in Bremen sowie 2020 in Hamburg (11,2 Prozent) ein noch schwächeres. Und in Thüringen kamen CDU und SPD zusammen – wie erwähnt – nicht einmal auf 30 Prozent der Stimmen. Das ist singulär.

Die Ergebnisse der Partei Die Linke und der Grünen fallen gegenläufig aus: Hatten die Grünen in Brandenburg und Sachsen so gut wie nirgendwo im Osten abgeschnitten, trotz der unter ihren hochgespannten Erwartungen gebliebenen Resultate, überwandnen sie im ländlich geprägten Thüringen mit 5,2 Prozent nur hauchdünn die Fünfprozenthürde. Für Die Linke gilt das ganze Gegenteil: Musste sie in Brandenburg und Sachsen mit den schwächsten Ergebnissen im Osten seit 1990 vorliebnehmen (in Brandenburg lag sie sogar knapp hinter den Grünen), vermochte sie in Thüringen dank Bodo Ramelow das bis dahin ohnehin schon beste Resultat der Partei in einem Bundesland um 2,8 Punkte zu verbessern.

Zwar konnte sich auch die FDP jeweils steigern (in Thüringen ist sie mit 5,0 Prozent bloß wegen des Versäumnisses der Freien Wähler, ihre Landesliste rechtzeitig einzureichen, soeben noch in den Landtag gelangt), aber der klare Gewinner der drei Wahlen im Vergleich zu den vorherigen Ergebnissen ist die AfD: Sie hat in Sachsen ihren Stimmenanteil beinahe verdreifacht, in Thüringen mehr als verdoppelt und in Brandenburg fast verdoppelt. Beim Addieren der Stimmen in den drei Bundesländern ist sie die stärkste Partei. Was oft übersehen wird: Die harte Konfrontation zwischen der AfD und den Grünen muss beiden nicht schaden. Im Gegenteil: Gewinne der einen Partei ziehen oft Gewinne der anderen nach sich. Die Kontrahenten profitieren

vom fehlenden Überschneiden ihres Wählermilieus. Hingegen liegt der Fall bei der CDU und der AfD anders, da die beiden Parteien um ein ähnliches Wählermilieu ringen, das mit Multikulturalismus wenig anzufangen weiß. Verluste der einen Seite sind oft Gewinne der anderen Seite.

### 3. Sieben Landtagswahlserien seit 1990

Das vielfach Erwartete (ein Wahlsieg der SPD) trat bei der ersten und letzten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 nicht ein. Sie erbrachte bei einer überwältigend hohen Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent (trotz fehlender Briefwahl) einen klaren Sieg der von der CDU dominierten Allianz für Deutschland mit fast 50 Prozent der Stimmen – ihr gehörten neben der gewendeten Blockpartei CDU (40,8 Prozent) der Demokratische Aufbruch (0,9 Prozent) und die konservative Deutsche Soziale Union (6,3 Prozent) an, im Grunde ein Gewächs der CSU. Dieser Zusammenschluss verfügte im Süden der DDR (Sachsen, Thüringen) über seine Hochburgen. Auf die SPD entfiel mit 21,9 Prozent nur gut jede fünfte, auf die PDS nicht einmal bzw. immerhin – je nach Perspektive – jede sechste Stimme (16,4 Prozent), auf den Bund Freier Demokraten, eine Vereinigung liberaler Kräfte, jede 20. (5,3 Prozent). Noch schlechter schnitten die Bürgerrechtler ab, obwohl gerade sie für schnelle demokratische Wahlen gestritten und die Fälschung der Kommunalwahl im Mai 1989 angeprangert hatten. Bündnis 90 (Neues Forum, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte) kam lediglich auf 2,9 Prozent, die Grünen, zusammen mit dem Unabhängigen Frauenverband angetreten, erreichten gar bloß ganze 2,0 Prozent. Dies änderte sich bei den ersten Landtagswahlen im Osten am 14. Oktober 1990 nicht grundsätzlich.

Wer die Wahlen seit 1990 in den neuen Ländern miteinander vergleicht (Tabelle 1), erkennt auffallende Parallelen, ebenso gewisse Unterschiede (vgl. Jesse 2009). Auch im Osten entstanden schnell rote und schwarze Hochburgen. So ist die SPD in Brandenburg bei allen Landtagswahlen stärkste Partei geblieben. Mit der PDS bzw. der Partei Die Linke hatte sie stets eine absolute Stimmenmehrheit, bis auf die letzte Wahl 2019. Hingegen ist Sachsen seit jeher ein schwarzes Bundesland. Die CDU erzielte 1994 mit 58,1 Prozent und 1999 mit 56,9 Ergebnisse, die sie vorher und nachher in keinem westlichen Bundesland erreicht hatte.<sup>2</sup> Manfred Stolpe (SPD) plädierte als erster Ministerpräsident (1990-2002) für den „Brandenburger Weg“, der auf Ausgrenzung verzichtet, Kurt Biedenkopf als erster Ministerpräsident (1990-2002) für den „sächsischen Weg“, der den Stolz auf die regionale Heimat in den Vordergrund rückt. Beide Landeschefs wirkten identitätsstiftend, setzten Akzente, die ihren Parteien nützten. Auch in Thüringen errang die CDU unter dem „Landesvater“ Bernhard Vogel 1999 eine absolute Stimmenmehrheit.

In den drei anderen Ländern wechselte jeweils die „Farbe“ des Ministerpräsidenten. „Erdrutschniederlagen“ (so sackte die SPD 2002 in Sachsen-Anhalt unter der Minderheitsregierung Reinhard Höppners von 35,9 auf 20,0 Prozent ab) waren wesentlich landespolitisch bedingt. Doch gab es ebenso das Phänomen der „Abstrafung“ einer Partei im Land für die Bundespolitik. Gingen die massiven Verluste der bran-

denburgischen SPD 1999 (von 54,1 auf 39,3 Prozent) zu weiten Teilen auf Anfangsfehler von Rot-Grün im Bund zurück, war der „Einbruch“ der CDU in Sachsen 2004 wesentlich eine Reaktion auf die Harz IV-Reformen.<sup>3</sup> Das aus dem Westen bekannte Phänomen, wonach die Stimmbürger die im Bund regierenden Parteien bei Landtagswahlen abstrafen, trat ebenso in den neuen Bundesländern auf (überproportional starke Verluste für CDU und FDP, 1994-1998, 2009-2013, sowie für SPD und Grüne, 1998-2005). Sozialisations- und situationsbedingte Faktoren sind wesentliche Ursachen für das Wahlverhalten, wie etwa die Erfolge der AfD belegen.

Die Ergebnisse für die beiden Volksparteien, die 1990 und 1994 jeweils die ersten beiden Plätze eingenommen hatten, glitten von da an nahezu kontinuierlich nach unten. So verlor die SPD in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis heute mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils gegenüber der ersten Landtagswahl, die CDU in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Den Grünen und den Liberalen nützte dies wenig. Konnten die Grünen lediglich in 17 von 35 Fällen die Fünfprozenthürde überwinden<sup>4</sup>, so gelang dies den Liberalen gar nur 13-mal. Die PDS bzw. Die Linke, wie sie seit 2007 heißt, hatte bloß ein einziges einstelliges Resultat zu verzeichnen (1990, ausgerechnet in Thüringen). Ihr kam zunächst das Kultivieren des Ost-West-Gegensatzes zugute – sie konsolidierte sich zunehmend (das beste Ergebnis: 47,6 Prozent im Osten Berlins 2001, mehr Stimmen als CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne zusammen), ehe bei den letzten Wahlen eine Stagnation einsetzte, bis auf Thüringen. Ein wesentlicher Grund: Die AfD als Protestpartei „wilderte“ in ihrem Revier. Ihre öffentliche Akzeptanz führte bei Unzufriedenen damit zu einer Absage an sie. Diese wählten überproportional die AfD, mittlerweile in allen ostdeutschen Bundesländern die zweitstärkste Kraft – vor allem wegen der enormen Migrationszahlen im Jahr 2015, aber nicht nur deshalb. Rechtsextremistische Parteien wie die NPD (Sachsen 2004 9,2 Prozent, 2009 5,6 Prozent; Mecklenburg-Vorpommern 2006 7,3 Prozent, 2011 6,0 Prozent) und die DVU (Sachsen-Anhalt 1998 12,9 Prozent; Brandenburg 1999 5,3 Prozent, 2004 6,1 Prozent) waren – bis auf Thüringen – zeitweilig in allen Ostländern parlamentarisch repräsentiert. Das ist ein Symptom für eine niedrige Parteiidentifikation und steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zur ostdeutschen Konsenskultur.

#### 4. Vergleich zu den alten Ländern

Erwuchs in Ostdeutschland ein anderes Wahlverhalten als in Westdeutschland? Damit keine Verzerrungen etwa durch regionale Besonderheiten und bundespolitische Vorgänge auftreten, ist es für das Beantworten dieser Frage sinnvoll, die Ergebnisse der Bundestagswahlen heranzuziehen. Die Wahlbeteiligung fällt in den neuen Bundesländern bei allen Bundestagswahlen niedriger aus als in den alten. Wer sie Land für Land vergleicht, findet freilich Ausnahmen. So war bei der Bundestagswahl 2017 die Wahlbeteiligungsquote im Stadtstaat Bremen mit 70,8 Prozent die zweitniedrigste. Die höchste Differenz betrug 7,9 Punkte (1994: West 80,5 Prozent; Ost 72,6 Prozent), die geringste 3,6 Punkte (2017: West 76,9 Prozent; Ost 73,2 Prozent). Es zeichnet sich je-

doch keine Einebnung ab. Die Partizipation liegt im Westen höher – das gilt noch weitaus stärker für die Zahl der Parteimitgliedschaften (vgl. Niedermayer 2020b).

Der Vergleich zwischen den acht Bundestagswahlen im Osten und im Westen (Tabelle 2) verdeutlicht das schwächere Abschneiden der „Westparteien“ CDU und SPD in den neuen Bundesländern. Nur bei der Bundestagswahl 2002 konnte die SPD in den neuen Bundesländern (39,7 Prozent) etwas besser sein als in den alten (38,3 Prozent). Die Gründe: Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte mit seiner Absage an einer Beteiligung im Irak-Krieg den Nerv vieler Ostdeutscher getroffen und durch sein beherztes Auftreten bei der Elbeflut auch Stimmen aus dem Milieu der CDU (wegen des im Osten weithin unbeliebten Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber) und der PDS (wegen der wenig überzeugenden Führungsspitze um Gabriele Zimmer) gewonnen. Bei der letzten Bundestagswahl kamen CDU und SPD in den neuen Bundesländern zusammen auf nur 41,5 Prozent – „für beide Volksparteien ein schwarzer Tag“ (Niedermayer 2018: 288). Bis auf die Sondersituation 1990 – der Genscher-Effekt nützte der FDP im Osten, die skeptische Haltung der Grünen gegenüber der Wiedervereinigung schadete ihnen im Westen – erhielten die Liberalen und die Grünen im Osten ebenso weniger Stimmen als im Westen, bedingt durch das hier stärker sozial unterschichtete Elektorat. Was die große Schwäche der Liberalen und der Grünen erklärt, erklärt die hiesige Stärke der AfD: die sozio-ökonomische (schwacher Mittelstand) wie die sozio-kulturelle (weniger Kosmopolitismus) Komponente kommt ihr jeweils entgegen. Die im Osten größere Stärke der Flügelparteien – Die Linke und die AfD – hängt mit dem folgenden Umstand zusammen: Beide Kräfte wollen die Interessen Benachteiligter vertreten, zumal jener aus dem Osten. Die Wähler dieser Parteien glauben überproportional stark, Ostdeutsche seien „Bürger zweiter Klasse“.

War im Osten bei den Bundestagswahlen lange eine Linkslastigkeit erkennbar, von 1994 bis 2005 kam eine klare Stimmenmehrheit für SPD und PDS zustande, trat 2013 und vor allem 2017 ein Wandel ein (Niedermayer 2019): Die Protestpartei AfD profitierte stark vom Establishmentcharakter der Partei Die Linke. Gleichwohl ist Die Linke, obwohl sie im Westen zulegt, noch stärker eine Ostpartei als die AfD. Auf einen Westwähler fallen 2,4 Ostwähler, bei der AfD lautet das Verhältnis 1:2. Die AfD war in dem westlichen Bundesland mit dem besten Ergebnis (Bayern: 12,4 Prozent) deutlich schwächer als in dem östlichen mit dem schlechtesten (Mecklenburg-Vorpommern: 18,6 Prozent).<sup>5</sup> Gleiches gilt für die Landtagswahlen: Zwar ist die AfD mittlerweile in allen Landesparlamenten vertreten (anders als die Grünen und die Liberalen), aber das beste Ergebnis im Westen (Baden-Württemberg 2016: 15,1 Prozent) fällt klar schwächer aus als das schlechteste im Osten (Mecklenburg-Vorpommern 2016: 20,8 Prozent). Es bedürfte einer detaillierten Untersuchung, ob „der“ Osten Deutschlands ähnlich „tickt“ wie die ostmitteleuropäische Gesellschaft.

Hat sich, von der Bereitschaft, für die AfD bzw. Die Linke zu votieren, einmal abgesehen, das Wahlverhalten in den beiden Landesteilen angeglichen? Bei der SPD sind die Verluste seit 2005 im Osten höher als im Westen. Auf drei Wähler im Westen kommen – seit 2009 – zwei im Osten. Bei der CDU sind hingegen seit 2009 gewisse Angleichungstendenzen wahrzunehmen. Auf fünf Wähler im Westen entfallen vier im

Osten. Ist bei den Grünen nach wie vor eine gleichermaßen hohe Differenz zwischen Ost und West erkennbar (sie ist im Westen fast doppelt so stark wie im Osten), sieht es bei den Liberalen ungeachtet einiger Schwankungen – 1994 und 1998 brach die FDP in den neuen Ländern geradezu ein – im Osten etwas besser aus.

Die Ausschläge sind bei Bundestagswahlen, die nivellierend wirken, in den einzelnen Ländern nicht derart groß wie bei Landtagswahlen. So ist Brandenburg weniger „rot“ und Sachsen weniger „schwarz“ als bei Landtagswahlen. Das gilt ebenso für die CSU. Insofern ist es deren Bestreben, die Landtagswahl nicht auf den Tag der Bundestagswahl anzusetzen, obwohl sich das vom „Wahlkalender“ angeboten hätte. 1994 fanden die Landtagswahlen drei Wochen vor der Bundestagswahl statt, 1998 zwei Wochen und 2013 eine Woche davor.

Was ist von der These zu halten, der Westen folge dem Osten, bezogen auf die Volatilität des Wahlverhaltens und die Polarisierung wie Fragmentierung des Parteiensystems. Vordergründig scheint das zu stimmen, doch muss Korrelation nicht Kausalität sein. Es handelt sich um gesamtgesellschaftliche Prozesse wie Individualisierung – unabhängig von Ost und West. Insofern ist das Urteil, der Osten sei ein „Vorreiter“ für den Westen, so nicht richtig (vgl. Jesse 2011).

Was oft übersehen wird: Wer nur das Ergebnis im Westen zugrunde legt, erhält 2002, 2005 und 2013 eine schwarz-gelbe Mehrheit, dasselbe Wahlverhalten vorausgesetzt. Der „kleine“ Osten hat also die Regierungsbildung „groß“ beeinflusst. 2002 entstand eine rot-grüne Koalition, 2005 und 2013 jeweils eine schwarz-rote. Die geplante und dann vor allem wegen der FDP geplatzte „Jamaika“-Koalition, mit ihrer Bezugnahme auf einen „schlanken Staat“, wäre ein Bündnis gewesen, in dem sich „der“ Osten, in dem Paternalismus stärker grassiert, kaum wiedergefunden hätte.

## 5. Schwierige Regierungsbündnisse

In den neuen Bundesländern sind, anders als im Westen, nach 1990 nur wenige lager-internen Zweierbündnisse (CDU und FDP, SPD und Grüne) zustande gekommen, abgesehen von der schwarz-gelben Koalition in Mecklenburg-Vorpommern (1990-1994), Sachsen-Anhalt (1990-1994, 2002-2006) und Sachsen (2009-2014) sowie der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt (1994-1998). Hingegen waren Koalitionen mit der PDS bzw. der Partei Die Linke keine Ausnahme, entweder als Zweierbündnis<sup>6</sup> mit der SPD (Mecklenburg-Vorpommern 1998-2006; Brandenburg 2009-2019) oder als Dreierbündnis unter Einschluss der Grünen (Thüringen seit 2014).<sup>7</sup>

In Sachsen regierte die CDU nach den ersten drei Landtagswahlen allein, in Thüringen nach den dritten und vierten ebenso. Und in Brandenburg schaffte dies die SPD (1994-1999). Nur Mecklenburg-Vorpommern hatte stets Zweierbündnisse, wie wohl höchst verschiedenartige, zunächst eine schwarz-gelbe Koalition, später eine rot-rote,<sup>8</sup> seit 2006 eine rot-schwarze.

In Brandenburg und Sachsen wurde, wie bereits 2016 in Sachsen-Anhalt, im Jahre 2019 eine „Kenia“-Koalition gebildet (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) – eine Art Notbündnis, das keineswegs Stabilität garantiert (Decker und Ruhose 2020).

Noch schwieriger gestaltet sich die Situation in Thüringen, wo – schon seit 2014 – ebenfalls eine Dreierkoalition besteht, allerdings eine anders zusammengesetzte. Das politisch und das arithmetisch Machbare klaffen auseinander. Für die Fortsetzung der rot-rot-grünen Regierung fehlte ebenso eine Mehrheit wie für ein Viererbündnis aus CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Eine Koalition der Partei Die Linke mit der CDU oder der AfD „passte“ politisch ebenso nicht wie eines der CDU und der FDP mit der AfD. Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ist eine (von der CDU aufgrund eines „Stabilitätsmechanismus mehr oder weniger geduldete) Übergangsregierung – sie gedenkt sich bereits am 25. April 2021 zur Wahl zu stellen. Bisher hatten in den neuen Bundesländern alle Regierungsbündnisse bis zum Ende der Legislaturperiode gehalten.<sup>9</sup> Die von der PDS tolerierten Minderheitsregierungen (SPD und Grüne 1994-1998 und SPD 1998-2002 jeweils in Sachsen-Anhalt; SPD und Grüne in Berlin 2001) funktionierten leidlich.

Nach der letzten Serie der Landtagswahlen blieb die Zusammensetzung der Regierung nur in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen unverändert (vgl. Tabelle 3). Das Paradoxe: Obwohl die SPD bei allen drei Wahlen 2019 heftige Verluste hinnehmen musste, wird sie für die Koalitionsbildung ebenso benötigt wie Bündnis 90/Die Grünen. Wer Berlin als „halb neues“ Bundesland einbezieht, findet die SPD in allen sechs Landesregierungen vertreten, die Grünen in fünf, die CDU lediglich in vier, Die Linke in zwei. FDP und AfD gehören keiner Regierung an.

Die Schwäche der SPD und die Verluste der CDU führen in Verbindung mit der Stärke der nicht als koalitionsfähig geltenden AfD (Höhne 2020) zu immer schwierigeren Regierungsbündnissen. Volatiles Wahlverhalten begünstigt zunehmend eine nicht vorhersehbare Regierungsbildung (vgl. Marschall und Masch 2020). Das insgesamt eher magere Abschneiden für CDU und SPD erschwert Zweierbündnisse. Mittlerweile sind nirgendwo lagerinterne Koalitionen anzutreffen, sieht man von den beiden linken Dreier-Bündnissen in Berlin und Thüringen ab, die in demokratietheoretischer Hinsicht andere Probleme aufwerfen. Parteien legen sich vor Wahlen immer weniger auf Koalitionsaussagen fest und lassen den Wähler somit weithin im Unklaren. Es gibt eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, nicht nur mit Blick auf den Osten:

Der kleinere Partner des schwächeren politischen Lagers erschwert dem anderen Lager nicht das Leben, sorgt also indirekt für ein „Durchregieren“, ohne Aufgabe der eigenen Positionen. Das liefe auf die Etablierung einer Minderheitsregierung hinaus. Ist diese in den skandinavischen Ländern keine Ausnahme, ruft sie in der Experimente scheuenden, nach wie vor mit einem „Stabilitätstrauma“ (Kurt Sontheimer<sup>10</sup>) behafteten Bundesrepublik Deutschland massive Reserviertheit hervor, wohl zu Unrecht. Nach der Landtagswahl 2019 im Freistaat Sachsen bildete die CDU mit der SPD und den Grünen, die zusammengenommen gerade die Hälfte des Stimmenanteils der Sächsischen Union erhalten hatten, programmatisch ein – wie der Wahl-O-Mat signalisiert – extrem heterogenes Bündnis, konnten doch ihre potentiellen Partner (FDP, Freie Wähler) die Fünfprozenthürde nicht überwinden. So erfuhren die im Parlament geschwächten linken Parteien in der Regierung eine Stärkung. Unter einer von der

SPD und den Grünen geduldeten Minderheitsregierung der CDU wären die Verantwortlichkeiten für den Wähler weit stärker nachvollziehbar gewesen.

Eine Koalitionsdemokratie – im Osten sind Alleinregierungen bis auf Weiteres nicht zu erwarten – darf den Wettbewerb zwischen den Lagern nicht zum Erliegen bringen. Fehlende Koalitionssignale irritieren daher. Nach den Wahlen 2009 im Saarland und 2019 in Bremen reichte es weder für Rot-Rot noch für Schwarz-Gelb zu einer Mehrheit. Im ersten Fall votierten die Grünen für ein Bündnis mit der CDU und der FDP, im zweiten Fall für eines mit der SPD und der Partei Die Linke. Die Grünen hatten sich vor der Wahl jeweils bedeckt gehalten. Und bei der Bundestagswahl 2021 droht erneut ein solches Szenario. Damit wären die Grünen das, was die Liberalen aufgrund ihrer Festlegung vor der Wahl für eine Partei fast nie waren: das Zünglein an der Waage! Entwertet ist so die Stimme des Wählers. Dieser müsste das „letzte Wort“ behalten.

## 6. Fazit und Ausblick

30 Jahre nach der friedlichen Revolution und der ihr flugs folgenden deutschen Einheit sind in den neuen Bundesländern bei acht Bundestagswahlen, sieben Landtagswahlen und sechs Europawahlen Ergebnisse zustande gekommen, mit denen so wohl niemand gerechnet hatte. Das gilt für die massive Schwäche der Volksparteien, für die anhaltende Stärke der PDS bzw. der Partei Die Linke wie für das Reüssieren der rechtspopulistischen AfD. Dadurch unterscheidet sich zwar der Osten in der Tendenz nicht vom Westen, aber in der Intensität schon. Hingegen ist das unterdurchschnittliche Abschneiden der FDP und der Grünen weithin erwartet worden. Ein wohlhabender Mittelstand ist im Osten ebenso deutlich schwächer vertreten wie ein postmaterialistisches Milieu. Beide Faktoren erschweren Wahlerfolge für diese Parteien, trotz gewisser Ausreißer im zweistelligen Bereich (die Liberalen in Sachsen-Anhalt 1990 und 2002, die Grünen 2019 in Brandenburg).

Wer plausibel die Frage beantworten will, ob sich das Wahlverhalten im Osten von dem im Westen unterscheidet, muss mehrfach differenzieren: Schließlich bildet mit Blick auf das Wahlverhalten weder der Osten noch der Westen eine Einheit. Unabhängig davon: Unterschiede wie die schlechteren Ergebnisse für CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP springen ebenso ins Auge wie die besseren für Die Linke und die AfD. Die Antwort kann also lauten: ja, aber! Allerdings sollte 30 Jahre nach der deutschen Einheit „nicht mehr pauschalisierend zwischen ‚dem Osten‘ und ‚dem Westen‘ differenziert werden“ (Traeger 2015: 75).

Wenngleich eine Homogenität im Wahlverhalten zwischen Ost und West keineswegs anstrebenswert erscheint (erstaunliche Differenzen zwischen Nord und Süd sind ebenso wahrnehmbar, jedoch kaum einer Erwähnung wert): Die Volksparteien sollten die Ergebnisse im Osten als Denkkzettel betrachten, als Weckruf (vgl. Traeger 2018). Ihre Aufgabe hat es zu sein, die verloren gegangenen Stimmen zurückzugewinnen, und zwar durch eine stärkere Konturierung, die den Markenkern erkennen lässt. Müsste sich die CDU besonders um einen Teil des AfD-Elektorats kümmern, so gilt

das für die SPD mit Blick auf Die Linke – ungeachtet der höchst heterogenen Motive der AfD-Wähler und der Wähler der Partei Die Linke.

Gerade in den neuen Bundesländern mit einer eher schwachen Parteidentifikation kann das Wahlverhalten schnell umschlagen. Wie sämtliche Meinungsumfragen nach dem Ausbruch des Coronavirus belegen, gilt das allerdings nicht nur für den Osten. Solche Krisenzeiten sind häufig die Stunde der Exekutive. Momentan gewinnt im Bund die bestimmende Union deutlich, der Juniorpartner SPD legt leicht zu, während die anderen Parteien mehr oder weniger „einbrechen“. Keiner weiß allerdings, wie es „danach“ aussieht. Schließlich hängt das Wahlverhalten stark davon ab, ob und wie die deutsche Demokratie die Corona-Krise samt ihrer Folgen löst. Das „Superwahljahr“ 2021 mit der Wahl im Bund und in immerhin sechs Ländern wird es an den Tag bringen.

## Anmerkungen

- 1 Dieser gängige Terminus ist missverständlich: Zum einen sind nun drei Jahrzehnte seit der deutschen Einheit vergangen, zum anderen zählen Sachsen und Thüringen zu alten Ländern, etwa im Vergleich zu Bindestrich-Ländern wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.
- 2 Das beste Ergebnis der CDU kam 1976 in Baden-Württemberg mit 56,7 Prozent zustande. Die CSU erreichte 1974 (62,1 Prozent), 1978 (59,1 Prozent), 1982 (58,3 Prozent) und 2003 (60,7 Prozent) bessere Ergebnisse als die CDU in Sachsen.
- 3 Obwohl die Reform von der SPD ausging, wurde auch die CDU, die der Reform zustimmte, dafür verantwortlich gemacht. Die CDU in Thüringen hatte Glück. Die dortige Landtagswahl fand am 13. Juni 2004 statt, dem Tag der Europawahl, als die Debatte um Hartz IV noch kein öffentlichkeitwirksames Thema war.
- 4 Bei der ersten Landtagswahl 1990 in Mecklenburg kam es zu folgenden Ergebnissen: 4,2 Prozent für die Grünen, 2,9 Prozent für das Neue Forum, 2,2 Prozent für Bündnis 90. So gelangte keine Gruppierung ins Parlament.
- 5 Für Die Linke trifft das umgekehrt zu: Das niedrigste Ergebnis im Osten (Sachsen: 16,1 Prozent) fällt besser aus als das höchste im Westen (Bremen: 13,4 Prozent).
- 6 In Berlin – halb West, halb Ost – gab es von 2002 bis 2012 eine Koalition mit dem postkommunistischen Juniorpartner.
- 7 Im Westen wurde ein Bündnis unter Einbeziehung der Partei Die Linke erst 2019 geschlossen, und zwar im bremischen Stadtstaat.
- 8 Davor (zwischen 1994 und 1998) gab es wegen persönlicher Animositäten zwischen dem Ministerpräsidenten Bernd Seite (CDU) und dem SPD-Landesvorsitzenden Harald Ringstorff eine nicht sonderlich gut funktionierende schwarz-rote Koalition.
- 9 Brandenburg ist insofern eine Ausnahme, als das dortige BürgerBündnis im Frühjahr 1994 die Koalition verlassen hatte, wobei seine zwei Minister, Matthias Platzeck und Roland Resch, nunmehr parteilos, im Kabinett verblieben.

## Literatur

- Decker, Frank und Fedor Ruhose (2020): Koalitionsregierungen in Ländern und Bund. Auf dem Weg in die Kenia-Republik. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 69 (2), 95-202.
- Höhne, Benjamin (2020): Grenzen des Demokratielabors: Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland? *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 69 (2), 157-168.
- Jesse, Eckhard (2009): Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990. *Deutschland Archiv* 37 (6), 952-962.
- Jesse, Eckhard (2011): Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 99-119.  
<https://doi.org/10.2307/j.ctvhktj5c.9>
- Jesse, Eckhard (2020): Die sächsische Landtagswahl vom 1. September 2019: Rechtsverschiebung im Parlament, Linksverschiebung in der Regierung. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51 (2), 304-325.  
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-2-304>
- Mannewitz, Tom (2015): Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung. Baden-Baden: Nomos.  
<https://doi.org/10.5771/9783845262079>
- Marschall, Stefan und Lena Masch (2020): Wahlentscheidungen in Zeiten von wachsender Ungewissheit – Volatiles Wählen als Ursache und Folge von volatilen Regierungsbildungen. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 69 (1), 47-58. <https://doi.org/10.3224/gwp.v69i1.06>
- Niedermayer, Oskar (2017): Die Bundestagswahl 2017: ein schwarzer Tag für die Volksparteien. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 66 (4), 465-470. <https://doi.org/10.3224/gwp.v66i4.01>
- Niedermayer, Oskar (2018): Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2), 286-303.  
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-286>
- Niedermayer, Oskar (2019): Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu. Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2019. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 68 (1), 49-59.  
<https://doi.org/10.3224/gwp.v68i1.06>
- Niedermayer, Oskar (2020a) Die brandenburgische Landtagswahl vom 1. September 2019: Die SPD schlägt die AfD auf den letzten Metern. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51 (2), 263-284.  
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-2-285>
- Niedermayer, Oskar (2020b): Parteimitgliedschaften im Jahre 2019. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51 (2), 419-448. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-2-419>
- Oppelland, Torsten (2020): (2020): Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment - eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Verfallsdatum. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51 (2), 325-348. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-2-325>
- Traeger, Hendrik (2015): Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990-2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46 (1), 57-81.  
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2015-1-57>
- Traeger, Hendrik (2018): Die Bundestagswahl 2017 in Ostdeutschland: ein Alarmsignal für die Volksparteien. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 67 (3), 295-301.  
<https://doi.org/10.3224/gwp.v67i3.02>
- Tuchscheerer, Heike (2010): 20 Jahre vereinigtes Deutschland: eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“? Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845227023>

*Table 1: Stimmenanteil von CDU, SPD, PDS/Die Linke, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin (Ost) seit 1990 (in Prozent)*

<b>Brandenburg</b>	<b>1990</b>	<b>1994</b>	<b>1999</b>	<b>2004</b>	<b>2009</b>	<b>2014</b>	<b>2019</b>
CDU	29,4	18,7	26,5	19,4	19,8	23,0	15,6
SPD	38,2	54,1	39,3	31,9	33,0	31,9	26,2
PDS/Die Linke	13,4	18,7	23,3	28,0	27,2	18,6	10,7
FDP	6,6	2,2	1,9	3,3	7,2	1,5	4,1
Bündnis 90/Grüne	9,3	2,9	1,9	3,6	5,7	6,2	10,8
AfD	–	–	–	–	–	12,2	23,5
Sonstige	3,1	5,4	7,1	13,8	7,1	6,8	9,1
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>1990</b>	<b>1994</b>	<b>1998</b>	<b>2002</b>	<b>2006</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>
CDU	38,3	37,7	30,2	31,4	28,8	23,0	19,0
SPD	27,0	29,5	34,3	40,6	30,2	35,6	30,6
PDS/Die Linke	15,7	22,7	24,4	16,4	16,8	18,4	13,2
FDP	5,5	3,8	1,6	4,7	9,6	2,8	3,0
Bündnis 90/Grüne	9,3	3,7	2,7	2,6	3,4	8,7	4,8
AfD	–	–	–	–	–	–	20,8
Sonstige	4,2	2,6	6,8	4,3	11,2	11,5	8,6
<b>Sachsen</b>	<b>1990</b>	<b>1994</b>	<b>1999</b>	<b>2004</b>	<b>2009</b>	<b>2014</b>	<b>2019</b>
CDU	53,8	58,1	56,9	41,1	40,2	39,4	32,1
SPD	19,1	16,6	10,7	9,8	10,4	12,4	7,7
PDS/Die Linke	10,2	16,5	22,2	23,6	20,6	18,9	10,4
FDP	5,3	1,7	1,1	5,9	10,0	3,8	4,5
Bündnis 90/Grüne	5,6	4,1	2,6	5,1	6,4	5,7	8,6
AfD	–	–	–	–	–	9,7	27,5
Sonstige	6,0	3,0	6,5	14,5	12,4	10,1	9,2
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>1990</b>	<b>1994</b>	<b>1998</b>	<b>2002</b>	<b>2006</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>
CDU	39,0	34,4	22,0	37,3	36,2	32,5	29,8
SPD	26,0	34,0	35,9	20,0	21,4	21,5	10,6
PDS/Die Linke	12,0	19,9	19,6	20,4	24,1	23,7	16,3
FDP	14,6	3,6	4,2	13,3	6,7	3,8	4,9
Bündnis 90/Grüne	5,3	5,1	3,2	2,0	3,6	7,1	5,2
AfD	–	–	–	–	–	–	24,3
Sonstige	3,1	3,0	15,1	7,0	8,0	11,4	8,9
<b>Thüringen</b>	<b>1990</b>	<b>1994</b>	<b>1999</b>	<b>2004</b>	<b>2009</b>	<b>2014</b>	<b>2019</b>
CDU	45,4	42,6	51,0	43,0	31,2	33,5	21,7
SPD	22,8	29,6	18,5	14,5	18,5	12,4	8,2
PDS/Die Linke	9,7	16,6	21,3	26,1	27,4	28,2	31,0
FDP	9,3	3,2	1,1	3,6	7,6	2,5	5,0
Bündnis 90/Grüne	7,2	4,5	1,9	4,5	6,2	5,7	5,2
AfD	–	–	–	–	–	12,6	23,4
Sonstige	5,6	3,5	6,2	7,3	9,1	5,1	5,5
<b>Berlin (Ost)</b>	<b>1990</b>	<b>1995</b>	<b>1999</b>	<b>2001</b>	<b>2006</b>	<b>2011</b>	<b>2016</b>
CDU	25,0	23,6	26,9	12,4	11,4	14,2	13,1
SPD	32,1	20,2	17,8	23,2	29,8	28,8	19,3
PDS/Die Linke	23,6	36,3	39,5	47,6	28,1	22,6	23,4
FDP	5,6	1,1	1,1	5,3	4,9	1,2	4,0
Bündnis 90/Grüne	11,4	10,0	6,4	5,9	10,5	13,5	12,6
AfD	–	–	–	–	–	–	17,0
Sonstige	2,3	8,7	8,2	5,5	15,3	19,7	10,6

*Quelle:* Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

*Table 2: Wahlverhalten im Wahlgebiet West (mit Berlin-West) und im Wahlgebiet Ost (mit Berlin-Ost) bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2017 im Vergleich (in Prozent)*

<b>Bundestagswahlen 1990</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	33,5	24,3	35,7
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3
FDP	11,0	12,9	10,6
B 90/Gr.	5,0	6,1	4,8
PDS	2,4	11,1	0,3
Sonstige	4,3	3,8	4,3
<b>Bundestagswahlen 1994</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	36,4	31,5	37,5
CDU/CSU	41,5	38,5	42,1
FDP	6,9	3,5	7,7
B 90/Gr.	7,3	4,3	7,9
PDS	4,4	19,8	0,9
Sonstige	3,5	2,4	3,9
<b>Bundestagswahlen 1998</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	40,9	35,1	42,3
CDU/CSU	35,1	27,3	37,0
FDP	6,2	3,3	7,0
B 90/Gr.	6,7	4,1	7,3
PDS	5,1	21,6	1,2
Sonstige	6,0	8,6	5,2
<b>Bundestagswahlen 2002</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	38,5	39,7	38,3
CDU/CSU	38,5	28,3	40,8
FDP	7,4	6,4	7,6
B 90/Gr.	8,6	4,7	9,4
PDS	4,0	16,9	1,1
Sonstige	3,3	6,7	2,8
<b>Bundestagswahlen 2005</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	34,2	30,4	35,1
CDU/CSU	35,2	25,3	37,5
FDP	9,8	8,0	10,2
B 90/Gr.	8,1	5,2	8,8
PDS/Die Linke	8,7	25,3	4,9
Sonstige	3,9	5,7	3,5
<b>Bundestagswahlen 2009</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	23,0	17,9	24,1
CDU/CSU	33,8	29,8	34,6
FDP	14,6	10,6	15,4
B 90/Gr.	10,7	6,8	11,5
PDS/Die Linke	11,9	28,5	8,3
Sonstige	6,0	6,4	6,1
<b>Bundestagswahlen 2013</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	25,7	17,9	27,4
CDU/CSU	41,5	38,5	42,2
FDP	4,8	2,7	5,2
B 90/Gr.	8,4	5,1	9,2
PDS/Die Linke	8,6	22,7	5,6
Alternative für Deutschland	4,7	5,9	4,5
Sonstige	6,3	7,3	5,8

<b>Bundestagswahlen 2017</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>
SPD	20,5	13,9	21,9
CDU/CSU	33,0	27,6	34,1
FDP	10,7	7,5	11,4
B 90/Gr.	8,9	5,0	9,8
PDS/Die Linke	9,2	17,8	7,4
Alternative für Deutschland	12,6	21,9	10,7
Sonstige	5,0	6,4	4,7

*Quelle:* Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

*Tabelle 3:* Regierungsbildung in den neuen Bundesländern und in Berlin vor und nach der letzten Wahl

	Vorher	Nachher
Berlin	SPD – CDU (2011-2016)	SPD – Die Linke – B 90/Grüne (seit 2016)
Brandenburg	SPD – Die Linke (2011-2016)	SPD – CDU – B 90/Grüne (seit 2019)
Mecklenburg-Vorpommern	SPD – CDU (2011-2016)	SPD – CDU (seit 2016)
Sachsen	CDU – SPD (2014-2019)	CDU – B 90/Grüne – SPD (seit 2019)
Sachsen-Anhalt	CDU – SPD (2011-2016)	CDU – SPD – B 90/Grüne (seit 2016)
Thüringen	Die Linke – SPD – B 90/Grüne (2014-2019)	Die Linke – SPD – B 90/Grüne (seit 2020), Minderheitsregierung

*Quelle:* Zusammenstellung des Verfassers